



**Partei Vorstand
Partei Die Linke
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin**

Absender :
Netzwerk Progressive Linke
c/o Thomas Nord
Kleine Alexanderstrasse 28
10178 Berlin
nord.solidarische.linke@gmail.com
email Kommunikation: jcg@pro-linke.de

via email an:
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Berlin, 25.06.2024

MUT STATT ANGST - FÜR EINE ERKENNBARE, DEMOKRATISCHE, MODERNE LINKE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA!

Liebe Genoss*innen des Parteivorstandes der Partei Die Linke,

die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament haben endgültig klargemacht, dass Die Linke nicht so weitermachen kann wie in den letzten Jahren. Die immer wieder verschobene und umgangene inhaltliche Erneuerung ist unausweichlich. Als Mitglieder des Netzwerkes Progressive Linke haben wir uns erneut und intensiv mit dieser unhaltbaren Situation und den jetzt einzuleitenden Konsequenzen beschäftigt. Im Folgenden wollen wir euch unsere Gedanken dazu mitteilen und zu einer öffentlichen Debatte einladen. Wir suchen dazu mit euch das Gespräch, in welcher Weise der Bundesparteitag im Oktober hier eine erste Etappe markieren kann und muss.

1. Die Linke muss sich entscheiden

Eine ins Stottern geratene, krisenanfällige ökonomische Globalisierung, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen in einer multipolaren Welt, wachsende Verteilungsungleichheit und offene Gerechtigkeitskonflikte, der beschleunigte, menschengemachte Klimawandel und seine Folgen, zunehmende Migrationsbewegungen, Digitalisierung von Kapitalreproduktion, Arbeit und Gesellschaft werfen am Anfang des 21. Jahrhunderts zentrale gesellschaftspolitische Fragen und Konflikte auf, zu denen sich alle Gesellschaften verhalten müssen. Hier und heute wird um Weichenstellungen für die Zukunft gekämpft. Politische Parteien sind gefordert, in diesen Auseinandersetzungen wahrnehmbar und erkennbar zu sein und in sie einzugreifen.

Mit dem Versuch, vielen dieser Weichenstellungen als Gesamtpartei auszuweichen, sich auf die Warnung vor dem Rechtsruck und das noch vorhandene soziale Image zu beschränken, ist Die Linke bei den Europawahlen erneut und dramatisch gescheitert. Scheitern muss auch der Versuch, die Partei durch diese gewollte Mehrdeutigkeit zusammenzuhalten. Zwar ist der Ton weniger verletzend geworden, aber die Identifikation und Motivation vieler Mitglieder kann durch das inhaltliche Wegtauchen nicht hergestellt werden. Wenn sich die Partei nicht entscheidet, entscheiden sich Wähler*innen und Mitglieder. Die innere Emigration aus der Linken, sei es durch Abwanderung, Nichtwählen oder durch den Versuch, ohne Bundespartei klarzukommen, ist zum Dauerzustand geworden.

Diese Entwicklung hat eine lange Vorgeschichte. Zu zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre hatte Die Linke keine klaren, überzeugenden, umsetzbaren und gemeinsam vertretenen Positionen anzubieten, war Objekt und nicht Akteur dieser Auseinandersetzungen. Das galt und gilt für die Ankunft hunderttausender Flüchtender 2015/16, die Covid-19-Pandemie, die Konflikte um das Verhindern der Klimakatastrophe, den Ukrainekrieg, die Energiepreiskrise, die aktuelle Wachstums- und Investitionskrise, den aktuellen Konflikt im Nahen Osten. Angesichts der wahlentscheidenden Themen bei der Europawahl (Friedenssicherung in Europa, soziale Sicherheit, Zuwanderung, Klimaschutz, Wirtschaftswachstum) wird deutlich, dass die Fokussierung auf Umverteilung und öffentliche Daseinsvorsorge nicht ausreicht.

Immer mehr Menschen wird klar: Es gibt nur einen Planeten Erde, auf dem mehr als 8 Milliarden Menschen leben, überleben, elementare Sicherheiten und eine Perspektive haben wollen. Seine Ressourcen und Belastbarkeiten sind begrenzt, alle haben den gleichen Anspruch darauf und alle haben die gleiche Verantwortung dafür, diese Grenzen zu respektieren, wenn auch nicht dieselben Möglichkeiten. Die Lebensräume auf unserem Planeten sind existenziell bedroht. Dieses planetare Paradigma zwingt zu einer Debatte darüber, ob und welche Politik des „Wohlstandes für alle“ möglich ist; ob und wie unter den bestehenden Bedingungen von Knappheit und Ungleichheit eine auf Kooperation, Frieden und Zivilität basierende Weltordnung vorangebracht werden kann und welche sicherheitspolitischen Voraussetzungen sie braucht; ob und womit der globalen Tendenz, statt auf Demokratie und Solidarität auf Nationalismus, Gewalt und Krieg zu setzen, entgegengetreten werden kann.

Diese Fragen stehen nicht vor der Tür, wir sind mittendrin. Die Veränderungen sind längst Umsetzungsfragen geworden, die tief in die gewohnte Lebensweise und die erlernten Reproduktionsmuster der Gesellschaft eingreifen. Veränderung macht vielen Menschen Angst und schafft Verunsicherung. Es stellen sich Verteilungs- und Gleichheitsfragen, denn Veränderungen sind niemals „kostenneutral“. Rechtsextreme und rechts-konservative Kräfte mobilisieren rechte extremistische und rassistische Einstellungen, nutzen dieses politische Klima und die Veränderungen, die bisher von unsozialer Lastenverteilung begleitet werden, und verschieben das politische Spektrum insgesamt nach rechts bis hin zum Angriff auf demokratische Rechte und Institutionen. Die Veränderungen, Ängste und Verunsicherungen führen in Deutschland und Europa zu einer nachhaltigen Neuformierung der Parteienlandschaft, die alle bestehenden Parteien erfasst und neue hervorbringt.

Was setzt die gesellschaftliche und die als Partei organisierte Linke dem entgegen? Eigentlich müsste sie um politische Mehrheiten ringen, um die Demokratie und ihre Errungenschaften zu verteidigen und auszubauen, fortschrittliche Veränderungen zu beschleunigen und dabei sozialen Ausgleich zu gewährleisten. Sie müsste ein linkes Gegenprogramm zu den vermeintlichen Lösungsangeboten der Rechten aufbieten, das Stellung nimmt, sie müsste um die gesellschaftliche Hegemonie kämpfen und dafür auf allen Ebenen eintreten und mobilisieren. Sie müsste aufzeigen, an welche strukturellen und systematischen Grenzen die bestehende Wirtschafts- und Eigentumsordnung dabei stößt und wie diese Grenzen verschoben und überwunden werden können.

Die Linke ist durch den Kurs des „Hufeisens“ in der untergegangenen Bundestagfraktion und der politischen Beliebigkeit in der Partei an die Grenze ihrer Überlebensfähigkeit gekommen. Die Abspaltung des BSW, welche einen Kurs der opportunistischen Anpassung an den Rechtsruck darstellt, hat nur in Ansätzen zur Klärung geführt. Der Europawahlkampf war zwar der erste seit Jahren, bei dem die Zerstörung der Partei nicht aus den eigenen Reihen betrieben wurde und bei dem unsere Grundsätze zu Migration, Klimaschutz und Demokratie gemeinsam vertreten wurden. Die Diskussion nach der Wahl ist jedoch erneut von der Neigung des Ausweichens bestimmt.

Wir sind nicht gegen Debatten zu Mandatszeitbegrenzungen, Abgaben von Abgeordneten für soziale Hilfsfonds u.ä. Dabei geht es jedoch bestenfalls um Haltungsnoten, unsere inhaltlichen Defizite beheben diese nicht. Es ist schwer vorstellbar, dass solche Aktivitäten für eine relevante Zahl von Wähler*innen den Ausschlag geben. Dem Parteivorsitzenden ist zuzustimmen, wenn er ein "Rebranding" für Die Linke fordert. Das erfordert aber den Bruch mit der langjährigen Praxis, Unklarheit und Widersprüchlichkeit auszusitzen und sich zugleich aus drängenden gesellschaftlichen Debatten herauszuhalten. Die Europawahlen haben gezeigt, dass Linksparteien in Europa erfolgreich sein können, wenn sie sich verändern, modernisieren und klar positionieren.

Diese Klarheit fordern wir auch für Die Linke ein. Wir wollen inhaltliche Entscheidungen zu unseren Positionen in den wesentlichen strittigen Fragen; Klarheit darüber, in welchen Lagern die Partei in den zentralen Konflikten steht; welche Funktion Die Linke im politischen und Parteiensystem erfüllen will, mit wem sie gemeinsam für welche politischen Ziele eintreten will, welche konkreten Umsetzungsperspektiven sie anbietet.

2. Den politischen Kompass neu justieren

Eine demokratische Linke kommt aus den Traditionen von Aufklärung und sozialistischer Bewegung und verteidigt deren – in harten Kämpfen errungenes Erbe. Damit ist aber bereits ein Spannungsverhältnis benannt, aus dem sich erst die heutige Vorstellung von Demokratie (mit ihren politischen und sozialen Mindestansprüchen) entwickelt hat. Die aus der Aufklärung geborenen demokratischen Revolutionen des 18. und 19. Jh. waren nicht universal und inklusiv, sondern auch ausschließend. Dagegen revoltierten die Sklaven in Haiti ebenso wie die Frauenbewegung und die entstehende Arbeiter:innenklasse. In vielen Kämpfen wuchs die sozialistische bzw. sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu einer nicht mehr ignorierbaren politischen Kraft heran. Ihr Kampf, auch die daraus im 20. Jahrhundert erwachsende Systemkonkurrenz, war zentrale Voraussetzung zur „Sozialisierung“ des Kapitalismus. Es entstanden parlamentarische Demokratien mit kapitalistischer Eigentumsordnung und wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Umverteilungssystemen.

Zugleich gab es immer wieder schwere Brüche mit dem zivilisatorischen und humanistischen Erbe der Aufklärung. Zunächst durch die Bourgeoisie selbst: Durch Bürgerkriege gegen die Arbeiter*innenbewegung, durch Sklaverei, Kolonialismus, den Imperialismus europäischer Nationalstaaten und die daraus folgenden Weltkriege wurden Menschenrechte blutig außer Kraft gesetzt. Es verweigerten sich jedoch auch große Teile der sozialistischen Arbeiterbewegung diesem bürgerlich-progressiven Erbe. Die kommunistische Bewegung ersetzte Demokratie, Gewaltenteilung und bürgerliches Recht durch das Konzept der historischen Mission der Arbeiter*innenklasse, ihrer Avantgarderolle und nicht zuletzt ihrer Diktatur. Wo kommunistische Parteien die Staatsgewalt eroberten, wurde aus der Losung "Sozialismus oder Barbarei" viel zu oft stalinistische Barbarei. Der tief verankerte Zweifel vieler Menschen an der Demokratiefähigkeit ehemals kommunistischer Parteien oder Funktionäre hat dort seinen Ursprung.

Eine demokratische Linke muss stalinistische Verbrechen aufarbeiten und die Verletzung von Menschenrechten durch Regierende demokratischer Staaten klar kritisieren. Sie wird sich niemals mit Diktatoren oder Terrororganisationen solidarisieren. Die Selbstbefreiung der Bürger*innen in Osteuropa von der Diktatur ebnete den Weg dafür, dass sich ehemals kommunistische Linke mit den universellen Menschenrechten und der Demokratie versöhnen. Soll diese Perspektive bei der Mehrheit der Menschen ankommen, braucht es den Bruch mit Ideologie und Praxis des "Leninismus" sowie gleichartigen Ideologien und die Anerkennung der Ergebnisse beider historischen Bewegungen, der Aufklärung und der Arbeiter*innenbewegung. Sie sind zivilisatorische Errungenschaften und Anknüpfungspunkte für linke demokratische Politik: Humanistische Standards beruhen sowohl auf der demokratischen Begrenzung von Macht als auch auf der sozialen Begrenzung des Kapitalismus. Die kritischen Fragen an die historische und aktuelle Funktion der politischen Linken werden weder durch ein allgemeines Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus noch mit immer neuen Bindestrichsozialismen („demokratisch-ökologisch-feministisch-xxx“) aufgelöst. Sie müssen beantwortet werden.

Universelle Menschenrechte, Demokratie, Gewaltenteilung, bürgerliches und internationales Recht, soziale- und solidarische Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge sowie die für die Sicherung dieser Prinzipien geschaffenen Institutionen sind zivilisatorische Errungenschaften. Sie müssen verteidigt, weiterentwickelt und allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Klasse, Ethnie oder Herkunft und Lebensort gleichermaßen zugänglich gemacht werden.

Eine demokratische Linke wird mit der Versöhnung des Erbes der Aufklärung und der sozialistischen Bewegung unter den akuten Bedingungen des planetaren Paradigmas die Kämpfe für Existenzsicherheit, Freiheit, Gleichheit, Anerkennung als gleichwertig ansehen und gemeinsam führen:

Existenzabsicherung ist die Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse auf hohem Niveau und die Absicherung gegen Unsicherheit, Gewalt, Not, fehlende Planbarkeit des eigenen Lebens, das Überwinden von Entsolidarisierung und Ausgeliefertsein. Sie garantiert das Recht auf Leben und Unversehrtheit und ist mit sozialer, öffentlicher, Rechts- und ökologischer Sicherheit verbunden.

Freiheit und selbstbestimmte Lebensgestaltung sind Ergebnisse von Kämpfen gegen Willkür, Unfreiheit, Unterdrückung, Fremdbestimmung, Abhängigkeit und des Vorenthaltens von Möglichkeiten zur Entfaltung. Freiheit ist heute u.a. messbar am Stand der Entfaltung der politischen Menschenrechte, der Demokratie und der Qualität der Gewaltenteilung.

Anerkennung resultiert aus dem Kampf von Menschen gegen Unterwerfung, Entfremdung, Kolonisierung, Zermürbung. Gegenwärtig steht sie zuvorderst für die Auseinandersetzung mit Missachtung und Diskriminierung. Die wachsende Asymmetrie zwischen globalen Prozessen und der Reichweite ökonomischer Verflechtung sowie nationalstaatlich verfasster Politik führen zu neuen gesellschaftlichen Spaltungen und neuen Anerkennungskämpfen.

Gleichheit entsteht in Kämpfen gegen Ungleichheit, Ausbeutung, ungleiche und hierarchische Arbeitsteilung, ungleiche Verteilung von Reichtum, Vermögen und möglicher Verfügung über Zeit sowie monopolisierte Verfügungs- und Entscheidungsmacht. Gleichheit bezieht sich nicht nur auf Einkommen und Vermögen, sondern auf Entscheidungen, Rechte, Entfaltungsräume, Freiheitsgrade. Gleichheit ist das Ergebnis von Prozessen, sozialen Kämpfen und Selbstveränderung und zugleich ihr Leitbild.

Demokratische linke Politik geht von der gleichen Würde des Menschen, also des Individuums, aus – und damit von den Unterschieden zwischen den Individuen. Es geht immer darum, Vielfalt der Gleichen lebbar zu machen. Es geht nie um Gleichmacherei.

3. Einen neuen politischen Kurs finden

3.1. Eine moderne Linkspartei ist demokratisch

Ohne Zweifel kommt der politischen Linken eine wesentliche, ja entscheidende Rolle für die Verteidigung von Demokratie und sozialen Errungenschaften zu. Ebenso zweifellos hat sie dabei historisch immer wieder auch schwer versagt. Dieses doppelte Misstrauen schlägt der Linken auch heute entgegen. Einerseits wird ihr nicht zugetraut, sich wirklich konsequent für die Verteidigung von demokratischen Institutionen sowie demokratischen Rechten und Prinzipien einzusetzen. Andererseits wird ihr vorgeworfen, soziale Interessen zu verraten, wenn sie für Universalismus, Inklusion und Pluralität eintritt.

Das Erbe von Aufklärung und sozialer Bewegung wird auch von den demokratischkapitalistischen Gesellschaften des Westens nicht verwirklicht. Zur Verwirklichung von Demokratie gehört der Prozess des immer weitergehenden Einschlusses bisher ausgeschlossener Gruppen in das Versprechen von Freiheit, Gleichheit, Anerkennung und Existenzsicherung. Stattdessen stehen die Zeichen auf Abschottung. Ungleichheit wird zum Prinzip: So wie sich Europa sich gegen diejenigen abschotten will, die aus ihren Heimatländern flüchten müssen oder dort keine Perspektive für sich sehen, schotten sich die sozialen Schichten und Klassen gegeneinander ab. Soziale Mobilität findet kaum noch statt, weil die öffentlichen Systeme, die sie fördern, zu schwach sind. Damit gehen zwei konstituierende Elemente der modernen Demokratie verloren: Der universelle Bezug der Menschenrechte und die teilweise Öffnung des Klassenprinzips als persönlicher und generationenübergreifender Ausschluss. Zugleich gelingt es nicht, wesentliche wirtschaftliche Entscheidungen (notwendige Investitionsentscheidungen, Besteuerung von Multis, Standortentscheidungen usw.) aus dem Bereich privater Verfügung in Bereiche demokratisch legitimierter Organe zu holen. Die demokratische Begrenzung von Macht und soziale Begrenzung des Kapitalismus als doppelte Voraussetzung von Demokratie misslingt, weil sie nicht zeitgemäß weiterentwickelt wird.

Die Weltordnung des 20. Jahrhunderts – Parlamentarische Demokratien mit kapitalistischer Eigentumsordnung und wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Umverteilungssystemen, kommunistische Parteidiktaturen im Namen der Arbeiterklasse, ausgeschlossene und abhängige Regionen im globalen Süden – ist heute weitgehend Geschichte. Aber die Versuche, politische Demokratie, soziale Errungenschaften und universale Gleichheit gegeneinander auszuspielen und zu relativieren, sind es nicht. Die globale Rechte will politische Demokratie und jedweden universalistischen Anspruch schleifen, weil sich nur so die sozialen Errungenschaften nationaler Gruppen verteidigen ließen. Der Mainstream der westlichen Staaten predigt sozialen Verzicht und sucht nach Lösungen der globalen Menschheitsherausforderungen, die mit dem Erhalt bisheriger Privilegien und kapitalistischer Profitinteressen kompatibel ist.

In dieser Situation muss die politische Linke klar sein: Es gibt keine versteckten Sympathien für das Autoritäre. Dem tief verankerten Zweifel vieler Menschen an der Demokratiefähigkeit aller Kräfte, die den Kapitalismus zugunsten einer anderen Wirtschaftsordnung überwinden wollen, lässt sich nur durch die eindeutige Absage an jedes Infrage stellen, Relativieren oder Hintanstellen demokratischer Errungenschaften begegnen. Ohne universelle Menschenrechte, politische Demokratie und gesellschaftliche Pluralität gibt es keine soziale Demokratie.

Ebenso muss die Erfahrung vieler Gesellschaften weltweit angeeignet werden, die sich vom Kolonialismus emanzipierten: Ohne politische Demokratie und die Abwählbarkeit von Regierungen ist das Abkippen in neuen Autoritarismus, neue Unterdrückung, Menschenrechtsverletzung und Korruption nicht zu verhindern. Eine demokratische Linke solidarisiert sich nicht mit Diktatoren, antidemokratisch-autoritären Bewegungen, Terrororganisationen oder mit Regierungen, die Demokratieabbau betreiben. Universelle Menschenrechte, Demokratie, Gewaltenteilung, bürgerliches und internationales Recht, wohlfahrtsstaatliche Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge sowie die für die Sicherung dieser Prinzipien geschaffenen Institutionen, die diesen Kriterien verpflichtet sind, bilden progressive und zivilisatorische Errungenschaften, die nicht zur Disposition stehen.

Die Demokratie ist nicht überholt, sie steht an einem kritischen Entwicklungspunkt. Sie muss ihre Ansprüche und den Kreis derjenigen, die gemeint sind, erneut ausdehnen, um nicht unterzugehen. Diese Weiterentwicklung kann nur gelingen, wenn die Demokratie zuallererst verteidigt wird – von links und mit Entschiedenheit. Das erfordert die Anerkennung demokratischer Positionen, die wir ablehnen, aber nicht deren opportunistische Hinnahme und zugleich die Bereitschaft, mit allen Kräften politisch zusammenzuarbeiten, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen.

3.2 Eine moderne Linke reagiert auf globale Veränderungen

Die heutige Stärke der Rechten ist nicht zuletzt die Folge einer Schwäche der Linken. Die Rechte hat sich auf die Veränderungen eingestellt und mobilisiert dafür, sie in ihrem Sinne zu beantworten. Sie greift das Thema auf, wie eine alte Industriegesellschaft sich in der veränderten Welt behaupten und ihren Wohlstand sichern soll, und liefert die Antwort: Durch Entsolidarisierung, Abschottung, nationalen Egoismus und Aussitzen der Klimakrise. Sie setzt bei der Intoleranz und den Unsicherheiten an, die durch Pluralisierung, Zuwanderung, Vielfalt, neue Qualifikationsanforderungen, globalen Wettbewerb ausgelöst werden und plädiert für eine homogenisierte Gesellschaft, Statusprämien, Veränderungsstopp und eine mehr oder weniger offene Allianz mit autoritären, nichtwestlichen Großmächten. Sie schürt Ängste und nährt Illusionen. Die Linke verliert diese Auseinandersetzungen nicht in offener Feldschlacht, sondern weil sie sich ihnen – aus eigener Unsicherheit – gar nicht erst stellt.

Dafür muss die Linke ihre Weltsicht modernisieren. Sowohl der Kalte Krieg mit seiner bipolaren Ost-West-Weltordnung als auch die totale wirtschaftliche Dominanz der alten Industrieländer über den Globalen Süden gehören der Vergangenheit an. Vorstellungen einer Friedenssicherung durch akzeptierende Politik gegenüber dem russischen Imperialismus, eines wirtschaftlichen Erfolges durch die traditionelle verbrennerorientierte deutsche Autoindustrie oder der Förderung sozialen Respektes durch eine rückwärtsgewandte, romantisierende, nicht-plurale Leitkultur sind kein adäquater Kompass für die Welt von heute.

Aggression und Dominanzansprüche, internationale Konflikte und Kriege gehen nicht allein von der globalen Interessenpolitik der USA aus. In einer Welt mit unsicherer machtpolitischer Polarität werden Sicherheitsrisiken auch von neu aufsteigenden Großmächten (China, Indien), absteigenden Großmächten (Russland), von rivalisierenden Regionalmächten oder von nichtstaatlichen Milizen und Akteuren produziert. Friedenspolitik muss sich in dieser Situation konsequent am Völkerrecht orientieren. Kollektive Sicherheitsarchitekturen können nur noch global gedacht und praktiziert werden. Sie dürfen sich nicht nur an Interessen von Großmächten orientieren, denn sie sind die Voraussetzungen für gemeinsame Lösungen der globalen Menschheitsprobleme.

Wer dem Angriff der Rechten entgentreten will, muss demokratische Errungenschaften und Institutionen verteidigen, um Mehrheiten kämpfen, sich für europäische Integration und die Stärkung der UNO einsetzen. Die europäische Integration kann, wenn sie mit dem Kampf für die universellen Menschenrechte verbunden ist, ein Modell auch für die globale Integration sein.

Eine moderne Linke setzt sich ein für eine starke Investitionslenkung, eine offene Einwanderungsgesellschaft, eine zeitgemäß veränderte Arbeitswelt, die Humanisierung der Erwerbsarbeit, eine gleichberechtigte Aufteilung und ausreichende Vergesellschaftung der Carearbeit, beschleunigte KlimaTransformation und kreditfinanzierte Übergänge. Das ist das Gegenprogramm zur rechten Orientierung – nicht nur als moralischer Anspruch, sondern als eine ernstzunehmende Strategie für eine faire, zukunftsfähige Wohlstandssicherung. Zu einem nationalstaatlichen Kapitalismus alter Schule, der unangetastete Investitions- und Eigentumsfreiheit mit lediglich mäßigenden Auflagen und staatlicher Umverteilung kombiniert, führt kein Weg zurück.

Eine moderne und globale Industriegesellschaft braucht Zuwanderung, aber sie muss eine Willkommenskultur schaffen, die auf Gleichheit, Anerkennung und Respekt gründet und starke Integrations-, Bildungs- und Arbeitsmarktsysteme aufbauen. Mit Unterbringung und Versorgung allein ist es nicht getan. Die Linke muss Gerechtigkeit und Gleichheit international denken und verstehen und dafür Maßstäbe entwickeln, die auf Prozesse der Angleichung, des Ausgleichs und der Abwägung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen orientieren. Dasselbe gilt für Klimagerechtigkeit und gerechte Übergänge bei nötigen Umstrukturierungen der Wirtschaft. Aus linker Sicht führt die Notwendigkeit, innerhalb planetarer Grenzen zu handeln, zu einer zunehmend stärkeren

Einschränkung des privatkapitalistischen Akkumulationsmodells zugunsten staatlicher Investitionslenkung, was aber auch neue, erweiterte Formen von demokratischer Kontrolle, gewerkschaftlicher Mitbestimmung und gesellschaftlichem Eigentum erforderlich macht. Die „Rückkehr des Staates“ braucht mehr Demokratie, nicht weniger.

3.3. Eine moderne Linkspartei ist Gleichheitspartei

Gerechtigkeit ist ein schillernder Begriff, der viele Dimensionen hat, auch solche, die nicht links sind. Die politische Linke und die einkommens-, vermögens- und kontrollärmeren Gruppen der Gesellschaft sind an diesem Punkt darüber verbunden, dass beiden Gerechtigkeit im Sinne von Bedarfsorientierung und von Gleichheit besonders wichtig ist. Die politische Rechte und die bessergestellten, ressourcenstarken Gruppen vereint dagegen, dass sie unter Gerechtigkeit vor allem das Leistungsprinzip und sogar das Anrechtsprinzip (also die Legitimität angestammter Privilegien) verstehen. Darin liegt unter anderem die „Klassenbasis“ des Links-Rechts-Schemas begründet.

Die (neue) politische Rechte hat eine Debatte vom Zaun gebrochen, die das bestreitet. Sie wirft der Linken vor, sich von der Interessenvertretung für besonders stark unter Druck stehende Teile der Gesellschaft (diejenigen mit geringen bis mittleren Einkommen, niedriger bis mittlerer Qualifikation und eher traditionellen Familienverhältnissen) verabschiedet zu haben und gemeinsame Sache mit den gesellschaftlichen Eliten zu machen bei einer Modernisierung auf Kosten derer, die dabei nicht mithalten können. Die Linke hat das mit relativ wenig Gegenwehr beantwortet – auch aus einem schlechten Gewissen heraus, weil sie zunehmende, vieldimensionale soziale Spaltungen der letzten Jahre nicht aufhalten konnte. Die Debatte ist häufig absurd, weil sie wenig von sozialen Reformvorschlägen handelt und viel von Sprache, Kultur und Veränderungsabwehr, aber sie hat auch einen ernstzunehmenden Kern.

Die Linke darf diese Debatte nicht nur abwehren, sie muss sie führen, denn sie hat eine Dynamik, die für die Linke existenzbedrohend ist. Die Linke muss dafür auch inhaltlich nachlegen. Pauschale Umverteilungsforderungen sind nicht genug – es muss bis auf die Konkretionsebene gehen, ob Beschäftigte mit körperlich fordernden Tätigkeiten mehr Rentenpunkte bekommen sollen; ob es gesetzliche Verpflichtungen geben soll, wie im Tarifsystem unterschiedliche Tätigkeiten und Qualifikationsarten bewertet werden; usw. Die Intervention zum Gaspreisdeckel, die Einführung des Mietendeckels in Berlin oder die Kopplung des Mindestlohns an die Eingangsstufe des öffentlichen Dienstes in Bremen sind Positivbeispiele, von denen gelernt werden muss.

Die Linke kann die Debatte darum, wer die Interessen der ressourcenschwächeren Gruppen vertritt, nur gewinnen, wenn sie dies auf der Grundlage eines linken Kompasses tut: Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für alle (was auch die ökologische Existenzsicherung einschließt); Freiheit (was die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten einschließt); Gleichheit (was globale Gleichheit und eine humane Fluchtpolitik einschließt) und Anerkennung (was Antidiskriminierung einschließt).

Dafür braucht die Partei einen klaren Schnitt mit dem raunenden Antikapitalismus und mit dem opportunistischen Versuch, Klassenbindung über das Andocken an Vorurteile, Ängste und rechte Illusionen zu simulieren. Die Antwort heißt nicht „Schluss mit den Sanktionen“, „Genderverbot“ oder „Nieder mit der Gesundheitsdiktatur“, sondern Infrastrukturgarantien, Antidiskriminierungsgesetze, Bildungsreform, Arbeitsgesetze, Tarifbindung, öffentliche Diskussion.

3.4. Eine moderne Linke ist transformatorisch

Eine moderne Linke weiß, dass der Kapitalismus erstaunlich anpassungsfähig ist, aber sie hält eine Gesellschaftsform, in der über die großen produktiven Ressourcen privat entschieden wird, weder für zukunftsfähig noch für vereinbar mit den Ansprüchen linker Politik. Wir können uns den Weg zu notwendigen Veränderungen nicht beliebig „freikaufen“, indem wir allen Bessergestellten, allen Unternehmen, allen Geschäftsmodellen durch staatliche Subventionen garantieren, dass sie so weitermachen können wie bisher. Das bürgerliche Recht macht es heute bei entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten möglich, für die Transformation zur „Überlebensfähigkeit“ bereits jetzt sowohl Marktfreiheiten und Eigentumsrechte wie auch Reichtum zu beschränken und zielgerichtet zu regulieren, um ihn für die notwendigen Veränderungen zu mobilisieren. Aber das wird nur unter starken sozialen und gesellschaftlichen Kämpfen gehen und nur mit der Perspektive, dass diese Anpassungen keine Ausnahmen sind, sondern der Übergang zu etwas Neuem.

Wir können uns nicht den Luxus leisten, eine der Seiten des „strategischen Dreiecks“ (Widerstand und Protest, konkrete Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen) zu vernachlässigen, geringzuschätzen oder auf Kosten der anderen Seiten zu überhöhen. Die Kriterien nähern sich heute an. Unkritische Bewegungsbeteiligung ist nicht besser als unkritische Regierungsbeteiligung und unkritische Systemalternativen sind im Zweifelsfall noch schlechter.

Wir erwarten vom kommenden Parteitag, dass er erkennbar und belastbar den Weg zu einer modernen, fortschrittlichen Linkspartei markiert und erste Schritte vornimmt.

Es spricht viel dafür, dass die wahlentscheidenden Themen der Bundestagswahl dieselben sein werden wie bei der Europawahl: Friedenssicherung in Europa, soziale Sicherheit, Zuwanderung, Klimaschutz, Wirtschaftswachstum. Damit gibt es fünf Bereiche, in denen wir es schaffen müssen, zu antworten – ohne Floskeln, ohne Selbstbeweihräucherung, ohne Widersprüche, ohne Geraune und ohne Wegducken. Der Bundesparteitag, das Wahlprogramm und die Reform des Grundsatzprogramms sind die Etappen. Die Zukunft der Partei Die Linke entscheidet sich nicht an der Fünfprozenthürde 2025, so wichtig dieses Ziel ist. Sie entscheidet sich an der Ernsthaftigkeit, mit der sie sich dafür entscheidet, eine moderne Linkspartei werden zu wollen.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Klaus Lederer, Dr. Christoph Spehr, Elke Breitenbach, Thomas Nord

Unterzeichner*innen - Stand: 25.06.24 - 22:40 Uhr:

Achim Bittrich
Alexander Luft
Alexander Schmejkal
Alexander Sorge
Alexander Stahl
Andreas Juhls
Andreas Klamm
Anja Boensch
Anne Pipenbrinck
Anne von Törne
Annegret Gabelin
Axel Bielefeldt
Benjamin Schlodder
Bernd Friedrich
Bernd Hüttner, Bremen, Mitglied Historische Kommission
Carsten Dannel
Carsten Labudda
Carsten Schatz
Christian Kerlen
Christian Kerntopf
Christoph Chiafrino
Christoph Cornides, Mannheim
Christoph Jantc (KV Potsdam-Mittelmark)
Christoph Spehr

Claudia Richter
Cornelia Buttler
Cornelia Moehring
Cyrill Callenius
Dieter Storck
Dr. Manuela Schmidt
Dr. Michael Bittner
Dr. Stephan Peter
Dr. Thomas Drzisga
Elke Breitenbach
Eva-Maria Glathe-Braun
Florian Lansen
Frank Christian Ludwig
Frank Lorenz
Gabriel Rücker
Gernot Klemm
Gunter Haake
H. Reiner
Hans Schrieber
Harald Möller-Santner
Jenny Keck
Jenny Luca Renner
Jessica Wittfeld
Jochen Hoffert (BV Tempelhof-Schöneberg)
Johann Knigge-Blietschau
Johannes Schubert
Jonas Teune
Jörg-Christian Gollub
Joshua Fehrenz
Kai Schwarz
Kai-Uwe Helmers
Karsten Peters
Katrine Hoop
Kerstin Werner
Klaus Gloede
Klaus Lederer
Lena Tietgen
Lilo Joseph
Luca Grimminger
Lutz Theile
Manfred Preischl
Marco Pompe
Marcus Nolten
Maria Ottinger
Martin Striegnitz

Mathias Wieczisk
Michael Barth, KV Verden
Michael Ebert
Michael Grunst
Michael Schierz
Peter Heumann (Köln)
Philipp Wohlfeil
Rainer Behrens
Regina Kittler
Regine Sommer-Wetter
Robert Irmscher
Ronny Diering
Rüdiger Lötzer, Bezirksverordneter in Berlin-Mitte
Stefan Zimmermann
Steffen Oppermann
Sven Laser
Thomas Nord
Timo Traulsen
Tino Marwitz
Tive Kühnemund
Ulrich Schachtschneider
Uwe Schwarz
Walter Van hove
Wolfgang Behrs
Wolfgang Freye
Yannik Wiedenbrück

des weiteren.... (Stand 01.07.24 - 09:00 Uhr)

Andreas Guenther Aguayo
Artyom Stassyuk
Axel Hägele
Bjørn Knutzen
Dietrich Lederer
Dominike Pauli
Dominike Pauli
Dr. Salvador Oberhaus
Edith Bartelmus-Scholich
Elke Martin
Feyez Ben Hamouda
Florian Kautter
Frank Christian Ludwig
Frederike-Sophie Gronde-Brunner
Gerry Woop
Gregor Mohlberg
Hannelore Lederer

Hans Mauser
Hans-Joachim Wenk
Jörg Lemmert
Jörg Prella
Jürgen Reinhardt
Kai Martin
Katrín Lompscher
Klaus Dieter Magenheimer
Konrad Nulken
Lisa Groneberg
Margit Jung
Marina Grünewald
Martin Weißwange (Frankfurt am Main)
Martina Renner
Michael Mauksch
Miguel Weiser
Nadja Spakin
Nico Thate
Oskar Lederer
Pau Bermejo Zeeden
Paul Eckartz
Paul Schäfer
Roland Sperling
Sabine Berninger
Salome Berhanu
Sandra Brunner
Silvia Held
Sönke Weise
Steffi Brachtel
Steven Heller
Stine Rummel-Strebelow
Tanja Artz
Thomas Gotthardt
Thomas Ristow
Tjark Naujoks
Ullrich Gebler
Udo Wolf
Ulrike Detjen

weitere folgen.....